



# Dringliche Interpellation

betreffend **Verkehrsstreit: Kanton will Städte entmündigen**

eingereicht von: Felix Landolt, namens der SP Fraktion

am: 14.9.2009

Geschäftsnummer: 2009/095

---

## Text und Begründung

Am 24.8.2009 hat der Kantonsrat mit 84 zu 80 Stimmen ein Postulat überwiesen, das verlangt, dass die Kompetenzen in Sachen Verkehrsplanung und Strassenplanung der Städte Zürich und Winterthur von kantonalen Instanzen wahrgenommen werden müsse. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Hat sich die seit 1981 gültige Kompetenzregelung, wonach die Städte Zürich und Winterthur sowohl für die Verkehrssteuerung als auch für alle Bau- und Unterhaltsarbeiten auf dem Gemeindegebiet zuständig sind, aus Sicht des Stadtrates bewährt?
2. Welche Konsequenzen hätte die verlangte Kompetenzverschiebung bei der Verkehrs- und Strassenplanung in der Stadt Winterthur?
3. Hätte die die Kompetenzverschiebung finanzielle Vorteile für die Stadt Winterthur?
4. Wären mit der Festsetzung der postulierten Kompetenzverschiebung im neuen Strassenverkehrsgesetz eher Hoffnungen und Erleichterungen oder Befürchtungen und Komplikationen aus Sicht der Stadt Winterthur verbunden?